



Münchener Manifest „Für ein sicheres soziales Netz – Kein Sparen im Sozialen“

28.07.2021

Die soziale Infrastruktur muss gesichert und ausgebaut werden, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Wohlfahrt braucht die nötigen Mittel, um bedarfsgerechte Angebote vorzuhalten. Kommunen benötigen jetzt dringend verlässliche Unterstützung von Bund und Land, um die soziale Infrastruktur vor Ort zu sichern.

Derzeit zeichnen sich zwei entgegengesetzte Entwicklungen ab. Der Bedarf an sozialen Unterstützungsleistungen steigt und gleichzeitig werden die Haushaltsmittel knapper, die nötig wären, um sie zu finanzieren.

Soziale und materielle Ungleichheit haben sich durch die Corona-Pandemie enorm verstärkt. Kurzarbeit und Jobverlust lösen existenzielle Sorgen aus. Für Menschen, die vorher schon in finanziell angespannten Verhältnissen lebten, verschlimmert sich die Lebenssituation. Corona hat die Probleme zugespitzt. Die Anzahl an psychischen Belastungen und Suchterkrankungen ist gestiegen, viele Menschen sind vereinsamt. Gewalt gegen Frauen hat in der Isolation der Familien zugenommen. Viele Kinder und Jugendliche wurden in ihrer schulischen, persönlichen und sozialen Entwicklung abgehängt. Die Schuldenberatungsstellen haben Hochkonjunktur.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Erhalt sowie einen bedarfsgerechten Ausbau des sozialen Netzes! Um dies zu erreichen, bedarf es einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der kommunalen Haushalte.

Unsere Forderungen:

1. Das Soziale muss ein Schwerpunkt der Politik werden. Die Pandemie hat der Gesellschaft vor Augen geführt, worauf es im Notfall wirklich ankommt: auf ein funktionierendes Gesundheitswesen, gute Soziale Arbeit, einen tragfähigen Sozialstaat und Bildung, die auch wirklich bei den Kindern und Jugendlichen ankommt.
2. Um die Folgen der Pandemie gerecht zu bewältigen, müssen wir das Hilfespektrum erweitern, damit diejenigen, die bisher die Verlierer*innen der Pandemie sind, nicht auf Dauer abgehängt werden. Es braucht kompensatorisch viel Leistung, damit Teilhabe für alle Wirklichkeit werden kann und eine solidarische Gesellschaft auch für die Zukunft gesichert ist.
3. Um diese zu finanzieren, brauchen wir eine angemessene monetäre Ausstattung:

Langfristig: Die Kommunen müssen für existenzielle Aufgaben der Daseinsvorsorge finanziell zukunftssicher ausgestattet werden.

Kurzfristig: Die engen Spielräume, welche die Kommunen bei notwendiger Verschuldung beim Finanzieren unmittelbarer Pandemiefolgen hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts durch die Regierung von Oberbayern haben, müssen erweitert werden.

- Gleiche Konditionen seitens des Bundes wie 2021 auch für 2022, u. a. zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle (für München 200 bis 250 Millionen Euro)
- Weitere kommunale Ausgleichsmittel von der bayerischen Staatsregierung
- Keine Einsparungen im Personalhaushalt in der Sozialen Arbeit bei gleichzeitiger notwendiger Leistungsausweitung
- Tarifabschlüsse, die den Wert der Sozialen Arbeit zum Ausdruck bringen und dazu beitragen, ausreichend Fachkräfte für die gestiegenen Aufgaben in der Sozialen Arbeit zu gewinnen.

